

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Geweißelstraße 30, Stuttgart.

Inserate
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatangelegen ist der Betrag in
Briefmarken beizulegen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

№ 13.

Stuttgart, den 26. März 1898.

14. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wir ersuchen, das Mitgliedsbuch Nr. 3039, ausgestellt in Darmstadt für Georg Stark aus Gningen, ebenso auch die von Stark mitgeführte Legitimation zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung bei Vorgezogen einzuziehen und Beides an Unterscheidet, bezuhs Vornahme einer Kontrolle, einzusenden.

2. Das in voriger Nummer erfolgte Ausschreiben des Mitgliedsbuches Nr. 14111, ausgestellt für Michael Eisenstein, ist durch Einsendung des Buches erledigt; dasselbe bleibt eingezogen.

3. Da im Statut keine Bestimmungen darüber enthalten sind, wer die Revision der Bücher, Belege, Abrechnungen u. der Gaubevollmächtigten vorzunehmen hat, sieht sich der Verbandsvorstand aus praktischen Gründen veranlaßt, die Bestimmung dahin gehend zu treffen, daß diese Revision von den Revisoren der Zahlstellen, an welchen die Gaubevollmächtigten ihren Sitz haben, vorgenommen werden soll.

4. Trotz der in Nr. 5 des Organs bereits erlassenen Bekanntmachung, uns die statistischen Fragebogen in möglichster Kürze einzusenden, haben jetzt noch über die Hälfte der Verbandszahlstellen die Fragebogen nicht eingesandt. Wir ersuchen nunmehr die Bevollmächtigten der noch fehlenden Zahlstellen dringend, das Versäumte unverzüglich nachzuholen.

5. Den Mitgliedern in Leipzig zur Kenntnissnahme, daß der bisherige Bevollmächtigte D. Gemmann wieder für ein weiteres Jahr als Bevollmächtigter ernannt ist.

6. Von den Bevollmächtigten für den Gau VII (Vorort Leipzig) ist G. Zinke ausgeschieden. An dessen Stelle ist das Mitglied Franz Nohle als Gaubevollmächtigter ernannt worden.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: A. Dietrich.

Badische Fabrikinspektion 1897.

Badens Fabrikinspektion hat Vieles von ihrem Ruhm, die fortgeschrittenste in Deutschland zu sein, eingebüßt, und die alte Pünktlichkeit, mit der auch, wie sonst, der neueste Jahresbericht erschien, vermag darüber nicht hinwegzutäuschen. Hinsichtlich notwendiger Reformen, wie die Anstellung von Arbeiterbeigeordneten und weiblicher Inspektoren, ist sie hinter denen Bayerns und Hessens zurückgeblieben. Der badische Fabrikinspektor scheint sich mit dem weiblichen Aufsichtsdienst noch immer nicht befreunden zu können; er hat zwar keine grundsätzlichen Bedenken gegen denselben, aber er hält seine Einführung in Baden für verfrüht, einmal wegen der noch zu geringen Zahl der ausschließlich mit Arbeiterinnen (?) thätigen Betriebe, die noch keinen genügenden Arbeitskreis darstellen, ein solcher würde erst durch Hinzukommen der Hausindustrie geschaffen, — dann aber auch wegen der Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen. Unumgängliche Voraussetzung für

eine ersprießliche Thätigkeit der weiblichen Beamten sei, daß sie in einen regen und rücksichtslosen Verkehr mit den Arbeiterinnen treten müßten. Indeb wagten schon die männlichen Arbeiter aus Sorge um ihre Existenz nicht, mit dem Aufsichtsbeamten in unmittelbar persönlichen Verkehr zu treten, und noch weniger werde das bei den verschüchterten und gedrückten Arbeiterinnen der Fall sein. Auch mit den Vertrauensdamen des badischen Frauenvereins sei der erhoffte Verkehr nicht erzielt worden und der Arbeiterschaft könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie nicht einmal versucht habe, eigene weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen. Uns erscheinen alle diese Einwände nicht stichhaltig genug, um diese wichtige Reform zu vertagen. Wenn in Baden über 50 000 Fabrikarbeiterinnen in nahezu 2000 Betrieben beschäftigt sind, so bedarf es wohl kaum eines größeren Arbeitskreises, um die Reuanstellung zu rechtfertigen, und noch nie ist behauptet worden, daß die weiblichen Beamten bloß die ausschließlichen Arbeiterinnenbetriebe zu revidiren hätten. Ihre Aufgabe soll zunächst sein, diejenigen Betriebsrichtungen anzuordnen und zu fördern, die im Interesse der Arbeiterinnen notwendig sind, und mit ihrem weiblichen Scharfblick solche Mißstände zu prüfen und abzustellen, die dem für diese Fälle weniger geschärften Auge ihrer männlichen Kollegen entgehen. Der Verkehr mit den Arbeiterinnen ist gewiß wichtig, aber er kommt erst in zweiter Linie und muß sich erst allmählig entwickeln, genau so, wie der Verkehr mit der männlichen Arbeiterschaft. Auch können die weiblichen Beamten dazu der Vermittlungsglieder ebenso wenig entbehren, denn Beamte bleiben Beamte und zwischen ihnen und der Arbeiterschaft wird so lange eine Kluft bestehen, als die Inspektoren nicht von der Arbeiterschaft gewählt werden. Daß die Arbeiterschaft bisher auf die Ernennung eigener Vertrauenspersonen verzichtet hat, dürfte nur vorläufiger Rücksichtnahme auf die Indifferenz der Arbeiterinnenkreise oder besonderen Schwierigkeiten zuzuschreiben sein; ihre Presse hat es an diesbezüglichen Aufforderungen nicht fehlen lassen. Das Fiasco der Vertrauensdamen des Frauenvereins haben wir vorausgesehen, derartige Nothhelferinnen werden die weiblichen Inspektoren niemals ersetzen können. Aber darauf zu warten, bis die Arbeiterinnen selber in Bewegung kommen, das hieße die so notwendige Reform bis auf den Nimmerleinstag hinausschieben.

Auch in anderer Hinsicht vermag uns der vorliegende Bericht nicht zu befriedigen. Wie viel Aufhebens ist nicht schon von der wohlwollenden Beurteilung der Arbeiterorganisationen seitens des badischen Beamten gemacht worden. Gewiß ist diese Beurteilung weniger bürokratisch, als wir sie bei preussischen und sächsischen Beamten gewöhnt sind, und sie steht in unverkennbarem Gegensatz zu dem Geiste der Stimmungen, der heute im Reichsamt des Innern weht. Aber der feine Unterschied, den Dr. Wörtschöffer zwischen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbestrebungen macht, die wohlwollende Ermunterung der ersteren und die scharfe Kritik der letzteren muß Bedenken erwecken. Wir

können nicht verlangen, daß der badische Beamte sein Einverständnis mit der Sozialdemokratie bekunde, aber sein Bericht zwingt ihn keinerlei Stellungnahme zur politischen Arbeiterbewegung auf und es wäre objektiver, wenn er diese Gegensätze unberührt ließe. Das lobenswerthe Hervorheben der gewerkschaftlichen Bestreben neben der scharfen Kritik der politischen Bewegung, die höchstens da gemildert erscheint, wo der Berichterstatter gewerkschaftliche Gesichtspunkte vorherrschend fand, — dies Alles bekundet entweder eine höchst einseitige Auffassung dessen, was der Arbeiterklasse dienlich ist, oder das Bestreben, die Gewerkschaftsbewegung künstlich in einen Gegensatz zur politischen Arbeiterbewegung zu bringen. Das letztere wird dem badischen Beamten ebenso wenig gelingen, wie den Brentano, Neumann, Sohm und anderen Gewerkschaftsfreunden. Die Gewerkschaften sind von der Nothwendigkeit der politischen Aktion zu fest überzeugt und zu sehr von sozialdemokratischen Auffassungen durchdrängt, als daß derartige Bestrebungen je Erfolg haben könnten, und sie verzichten eher auf ein unverlangtes Wohlwollen, als daß sie die Konsequenzen der Kritik des badischen Berichts zügen. Die diesjährige Reichstagswahl wird allen Zweiflern die Augen öffnen, daß die Arbeiterschaft fester denn je hinter der Sozialdemokratie steht.

Zunehmend wird der badische Bericht gerade gegenüber dem Koalitionsfeindlichen Vorgehen der Reichsreaktion oft zitiert werden, denn er enthält in dieser Hinsicht wichtige Zugeständnisse, die manchmal direkt gegen den Posadowsky-Stummischen Kurs gerichtet zu sein scheinen. Wenn Dr. Wörtschöffer sagt, daß jede gewaltsame Forderung der Arbeiter den Kulturfortschritt und den Entwicklungsprozeß der Arbeiterklasse fördern müsse, wenn er die organisierte Arbeiterschaft gegen den Vorwurf der Solidaritäts-erklärung mit den vbelibigen Streik vertheidigt und wenn er nachweist, daß auf 173 794 Industriearbeiter im Berichtsjahre nur 15 Bestrafungen wegen Koalitionsausbrechungen kamen, so wird das den Stimmungen gewiß höchst unbequem sein.

In statistischer Hinsicht weist der Bericht Folgendes auf: Die Zahl der unter Aufsicht stehenden Betriebe hat sich seit 1896 von 5926 auf 6575 vermehrt, eine Zunahme um 649 gleich 10,9 Prozent. Die darin beschäftigten Arbeiter zählten 122 215 männliche und 51 579 weibliche, zusammen 173 794 Arbeiter (148 458 im Vorjahre); sie haben um 17 Prozent zugenommen. Revidirt wurden 2150 Betriebe (32,2 Prozent) mit 103 309 Arbeitern (59,6 Prozent). Die Beamtenschaft reicht also kaum für den dritten Theil des notwendigen Bedarfs aus. 2536 Betriebe beschäftigten Jungenkinder, deren Zahl 15 726 (1896: 12 004) betrug, darunter 340 Kinder (gegen 175 im Vorjahre und 133 im Jahre 1895). Die rapide Zunahme der Kinderarbeit muß die schärfsten Bedenken erwecken und die Forderung eines völligen Verbots der Kinderarbeit gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen betrug in 1963 Fabriken 44 414, ihre Zunahme seit 1896 nur 1558 gleich 3,6 Prozent. Diese geringe Zunahme der Arbeiterinnenzahl steh

im Einklange zu den öfteren Klagen über Arbeiterinnenmangel in manchen Industrien und scheint durch den Abfluß weiblicher Arbeitskräfte in die arbeiterschützlose Klein- und Hausindustrie beeinflusst zu sein.

In der Papierindustrie wurden 115 Betriebe mit 5771 männlichen und 1715 weiblichen, zusammen 7486 Arbeitern, in der Lederindustrie 120 Betriebe mit 3911 männlichen und 704 weiblichen, zusammen 4615 Arbeitern gezählt. Die Zahl der Jugendlichen betrug in 72 Betrieben der Papierindustrie 585, davon 15 Kinder, und in 30 Betrieben der Lederindustrie 275, davon 1 Kind; Arbeiterinnen in 74 Betrieben der Papierindustrie in der Zahl von 1419 und in 25 Betrieben der Lederindustrie in der Zahl von 584 beschäftigt. Gehen wir nun auf die einzelnen Berufe ein, so finden wir unter Aufsicht: 16 Betriebe der Buchbinderei mit 171 männlichen und 236 weiblichen, zusammen 407 Arbeitern, sowie 37 Betriebe der Kartonnagenfabrikation mit 558 männlichen und 456 weiblichen, zusammen 1014 Arbeitern. Von den Arbeitern beider Berufe waren 9 weniger als 14 Jahre, 184 14—16 Jahre, 403 16—21 Jahre, 773 21—50 Jahre und 52 über 50 Jahre alt. Die Jugendschutzvorschriften wurden in 100 Fällen in 83 Anlagen übertreten; bestraft wurden nur 11 Personen. Trotzdem die Zahl der Gesetzesübertreter zugenommen hat, wurden nur halb so viele als im Vorjahre bestraft. Die meisten Vergehen entfallen auf Zigarrenfabriken und Ziegeleien, ebenso die meisten Arbeiterinnenschutzvergehen, deren die Statistik 61 in 59 Anlagen und 7 Verstrafungen ermittelte. So lange nicht eine schärfere Strafpraxis Platz greift, ist eine energische Durchführung des Arbeiterschutzes kaum zu erwarten.

Die Ueberarbeitsbewilligungen für Arbeiterinnen an Wochentagen sind seit dem Vorjahre von 165016 auf 135016 Ueberstunden zurückgegangen, an welcher Zahl 225 Betriebe und 8718 Arbeiterinnen beteiligt waren, so daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb 600, auf jede Arbeiterin 15,5 Ueberstunden entfielen. Die Papierindustrie ist

mit 21 Betrieben, 879 Arbeiterinnen und 12956 Ueberstunden beteiligt; den Löwenanteil der Ueberstundenbewilligungen trug die Pforzheimer Bijouterieindustrie davon. Außerdem erhielten 24 Betriebe für 72 Arbeiterinnen sonnenablenkende Bewilligungen. Häufig sind die Klagen über Mißstände im Lehrlingswesen besonders in der Zigarrenindustrie, wo vielfach Scheinlehrverträge mit langer Vertragsfrist und hoher Konventionalstrafe abgeschlossen und darnach die Lehrlinge durch schlechte Behandlung und erbärmliche Ausbeutung zum vorzeitigen Arbeitsaustritt getrieben werden, um die Strafen einzuhalten. Leiber leisten die bürgerlichen Gemeindegerichte diesem Unwesen durch ihre Entscheidungen Vorschub. — Uebermäßige Ausnützung jugendlicher Arbeiter wurden in Uhrenbestandtheilfabriken und Pappfabriken, in letzteren z. B. das Tragen großer Mengen nasser Pappdeckel von einer Maschine zur anderen, beobachtet. Zudem müssen die Knaben die Pappdeckel auch noch unter die Presse bringen, eine für sie völlig ungeeignete Beschäftigung.

Die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte an ungeeigneten Stellen, z. B. an Stangen, Drehbänken, Bohrmaschinen, Pressen u., macht Fortschritte, was der Bericht ganz richtig auf die geringere Bezahlung der Arbeiterinnen zurückführt. Daher rühre auch der vielfach empfundene Arbeiterinnenmangel her, d. h. es stehen zu den niedrigen Löhnen nicht genügend Arbeiterinnen zur Verfügung, um die männliche Arbeitskraft in noch größerem Umfange durch weibliche zu ersetzen — eine Charakteristik, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Ueber die Arbeitszeitverkürzung liegen interessante Erfahrungen aus der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von H. Lanz in Mannheim vor, wo die Arbeitszeit von zehn auf neunehalb und neun Stunden verkürzt wurde, ohne daß die Leistungen der Arbeiter sich vermindert hätten. Von diesem Resultat war natürlich der Unternehmer sehr befriedigt. Die Arbeiter aber haben die Kosten der Reform allein zu tragen gehabt und entsprechend ihrer angestregteren Arbeit wird ein höheres Unfallrisiko

kaum ausbleiben, denn der Bericht sagt selbst: „Bei der Beschäftigung der Anlage fällt die intensive und mit angepanntester Aufmerksamkeit verrichtete Thätigkeit der Arbeiter auf.“ Unter solchen Umständen werden sich die Unternehmern bald vermehren, die mit der Arbeitszeitverkürzung ein Geschäft zu machen gedenken. Ueberarbeit häuften sich in verschiedenen Industrien, besonders in der Maschinen- und Bijouteriebranche. 18—36 stündige Arbeitsschichten kommen noch in Getreidemühlen vor, ohne daß die Inspektion in der Lage wäre, gegen eine solche Barbarei einzuschreiten. — Die Sonntagsruhe wird am häufigsten in denjenigen Berufen übertreten, die sich der zahlreichsten Ausnahmen erfreuen, ein Beweis, wie richtig wir damals die Wirkung der Durchlöcherungsvorschriften einschätzten. So lange aber die Arbeiter nicht selbst energisch für eine volle Sonntagsruhe eintreten, werden die besten Schutzgesetze erfolglos bleiben; das zeigt sich besonders in den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, wo dem Personal überlange Arbeitsschichten zugemuthet und die gesetzlichen Sonntagsruheausnahmen bis zum Äußersten ausgenützt werden und trotzdem die Arbeiter dagegen weder Wünsche noch Beschwerden äußern. Wahrscheinlich trifft auf sie dieselbe Kennzeichnung zu, die Dr. Börschöffer hinsichtlich der Arbeiter in den ununterbrochenen Nacht- und Sonntagsbetrieben erwähnt: „Dieselben seien durch die Gleichförmigkeit ihres Lebens, durch die Anstrengungen der Nacharbeit und den Mangel genügender Sonntagsruhe so stumpf geworden, daß sie überhaupt nicht leicht irgend welche Forderungen erheben.“

Die wirtschaftliche Lage der Industrie war eine gute, was durch die Zunahme der Betriebs- und Arbeiterzahlen, durch die häufige Ueberarbeit und eine Reihe anderer Anzeichen bewiesen wird. Leiber haben jedoch die Arbeiter nicht den erhofften Vortheil gehabt, denn die Mehrereinstellung von Arbeitskräften vermochte die Reservearmee nicht zu erschöpfen; namentlich ungelernete Arbeiter wurden noch Tag für Tag in den größeren Betrieben bei Arbeitsnachfrage abgewiesen. Und wenn auch das Gesamteinkommen

Vom Vegetarismus.

Von Theob. Böcker.

(Schluß.)

Hier einige Beispiele: Meta Wellmer, eine offenbar reichbegabte junge Dame, ging zu Grunde, wie die „Vegetarische Rundschau“ berichtet, weil „ihre zarte Natur den Uebeln dieser Welt nicht zu widerstehen vermochte“. In der „Vegetarischen Rundschau“ 1891 wird uns von einem Besuch berichtet, den sie einer anderen Dame in Stuttgart abgestattet. Sie lebte damals nur von Obst und Brot. „Aber“, sagt die Berichtstatterin, „sie war froh an Leib und Seele. „Ich suchte“, sagte sie zu mir, „seit Jahren eine ideale Vegetarierin, mit der ich zusammenwohnen könnte: vielleicht wäre ich dann glücklich geworden!“ — Für körperlicher Zustand hätte Konzeptionen gegenüber ihrer strengen Diät erfordert und nach meiner Ueberzeugung ist sie diesem Irrthum, wie schon an mancher brave Genosse, zum Opfer gefallen.“ Vor etwa drei Jahren starb der Obmann der Wiener Vegetarier, Herr Herber, Schullehrer, er stürzte aus dem Fenster seiner Wohnung. Die Umstände schließen einen bloßen Unglücksfall aus, man vermutet Selbstmord und Geistesstörung. Der Mann war seit 1881 Vegetarier, lebte zeitweilig nur von Brot und Obst, litt an Geschwüren und nahm deswegen Sonnenbäder. Ist aber auch kein „homo vegetus“ geworden. Die „Vegetarische Rundschau“ weist genau nach, welche Fehler der Mann in seiner Lebensweise gemacht hat, doch, frage ich, wenn solch ein Obmann so zu Grunde geht, wie wird es dem gewöhnlichen Sterblichen möglich sein, den falschen Weg zu meiden? Gelegentlich eines vegetarischen Vortrags in Bonn erzählt Herr N. D., ein alter Vegetarier: In der ersten Zeit, nachdem er mit seiner Familie sich zum Vegetarismus bekehrt hatte, hätte seine Frau die Lehren der Nahrungsmittelchemie nicht genügend gekannt noch beachtet, sie hätten in ihren Speisen die Albuminate und Kohlenhydrate nicht in den richtigen Mengen zu sich genommen, alle Familienglieder hätten damals an Unterernährung gelitten und ihre älteste Tochter, ein heranwachsendes Mädchen, sei

in Folge dessen gestorben. Das ist das Geständnis eines alten Vegetariers, der seine Worte wohl überlegt und nicht in die Welt hineinschwätzt, wie ein junger Schwärmer. War's aber nicht besser gewesen, den Sittlern einige Dahlen mehr zu opfern, als die Töchter?

Sollte nun mit diesen Beispielen bewiesen werden, daß es mit dem Vegetarismus nichts ist, daß das Vegetarierwerden ein lebensgefährliches Experiment sei, das wäre verfehlt. Daß bei einer idealen Bestrebung einige Schwärmer zu Grunde gehen und Andere mit hineinziehen, beweist nichts gegen diese Bestrebung. Die Vegetarier aber haben eine ganz besondere Neigung zum Experimentieren, weil sie meistens unzufrieden sind mit ihrem Kräftezustand; weil ihre Hoffnungen unerfüllt bleiben, da meinen sie denn, eine noch strengere Diät müsse helfen und so werden sie Märtyrer ihres Glaubens. Die Grundursache aber sind die Mißerfolge überhaupt, die Enttäuschungen, die auch den gemäßigten Vegetarier, der ein wenig an die Versprechungen der vegetarischen Schriftsteller geglaubt hat, nicht erspart bleiben. So wie der Verfasser in den drei Jahren, in denen er als junger Schwärmer dieser Idee die größten Opfer gebracht hat, nicht den geringsten Vortheil, wohl aber einen bedeutenden Rückgang seiner gesammten Lebensfähigkeit konstatiren mußte, so hat er auch in späteren Jahren an manchen anderen Vegetariern diese traurige Thatsache beobachtet, so mußten auch Andere erkennen, daß es mit diesem Ideal nichts ist. Hierdurch soll sich Niemand abschrecken lassen, es einmal selbst mit dieser Lebensweise zu versuchen, es ist immer gut und nützlich, wenn man sich auf Grund eigener Erfahrung ein Urtheil bildet. Auch in manchen Krankheitsfällen mag sich die vegetabilische Diät als ein Heilmittel bewähren. Aber für den modernen Arbeiter als ein Kräftigungsmittel, ja, als ein Mittel der „Selbsterlösung aus der sozialen Noth“, wie jüngst das Thema einer vegetarischen Agitationsversammlung in Berlin hieß, bewährt sich der Vegetarismus nicht.

Der ethische Vegetarier erklärt seine Lebensweise als die notwendige Konsequenz der wahren Sittlichkeit, wer vom Thierleichenfleisch sich ernährt, verlegt die

Hauptpflicht des Menschen gegen seine unmündigen Schutzbesohlenen, die Achtung vor dem Leben der Thiere. „Wer einen Dahlen erschlägt, ist wie der, der einen Menschen tödtet!“ Es ist eine Thatsache, daß sich das seelische Empfinden des Kulturmenschen gegen die Tödtung eines Thieres schreit, eines Thieres, das ihm Nutzen bringt. Das Schweinefleisch ist zwar häufig ein Freudenfest, aber die Tödtung des Thieres wird bei Manchen Mitleid erwecken und wird als ein Unrecht empfunden. Wer aber den Tag sein tägliches Leben betrachtet — das Denken macht bekanntlich nach Hamlet die Handlungen gut oder böse — der wird erkennen, daß gar mancher seiner Genüsse ein Vergehen gegen das Leben seiner Mitmenschen einschließt. In Jofens „Stützen der Gesellschaft“ fragt der Konful Berned seinen Seelensorger, ob es recht sei, ein Unternehmen ins Werk zu setzen, bei dem wahrscheinlich ein Menschenleben zu Grunde gehen müsse. In den großen Räubern, meint er, würde kein Ingenieur Bedenken tragen, das Leben des Arbeiters zu riskiren. Der Prediger antwortet mit faulen Ausreden. Wir aber werden nur eingestehen, daß ein jedes der gepriesenen Kulturwerke, wie Kanalbauten, Tunnelbauten, Eisenbahnen, die Schiffsahrt, der Bergbau, daß sie alle Menschenopfer erfordern haben, voraussetzlich erfordern mußten und erfordern werden.*

Menschenopfer mußten bluten,
Nacht erscholl des Jammers Qual;
Mereab flossen Feuerfluten,
Morgens war es ein Kanal.

Das ist nicht nur ein mysteriöses Zauberspiel aus Goethes Faust, es ist das Symbol eines traurigen Faktums unserer gepriesenen Kultur. Wer an ihren Werken Theil nimmt, ihre Produkte konsumirt, konsumirt auch Blut und Leben seiner Mitmenschen, und die arme Näherin hat Recht: „Nicht schände Reinwand ist's, die Ihr nützet ab, 's ist menschliches Leben!“ Die frommen

* Wenn auch nicht immer in dem Maße, wie das jetzt bei dem Mangel an Achtung vor Menschenleben der Fall ist. Viel Unglücksfälle ließen sich vermeiden unter besseren sozialen Verhältnissen.

der Arbeiterklasse gewachsen ist, so hat der Lohn der Einzelnen höchstens durch häufigere Beschäftigung und durch Ueberarbeit im geringen Maße zugenommen; im Uebrigen sind, wie der Bericht bemerkt, die Löhne seit einer Reihe von Jahren gleich geblieben und vereinzelt ist es sogar zu Lohnherabsetzungen gekommen, besonders dort, wo keine Arbeiterorganisationen vorhanden waren. Die Arbeiter klagten denn auch über geringe Löhne, mit denen auch eine nothdürftige Existenz nicht zu bestreiten sei und sie sprachen sich hinsichtlich ihrer Zukunft recht hoffnungslos aus. „Gesuche um Aufbesserungen wurden unter Hinweis darauf: daß man gehen könne, wenn es einem nicht gefalle, und daß genügend Arbeiter vorhanden seien, abgewiesen.“ Und dazu kam, daß verschiedentlich die Lebens- und Miethspreise empfindlich in die Höhe gegangen sind, so daß der geringe Mehrverdienst in die Taschen der Krämer und Hausbesitzer stieß und die Arbeiter für ihre Mehranstrengungen das Nachsehen hatten. Die Unfallziffer ist im Berichtsjahre um 20 Prozent, von 2550 auf 3193 gestiegen. Diese erschreckende Zunahme geht weit über die Vermehrung der Arbeiterzahl hinaus und kann ebenso wenig durch eine häufigere Meldung geringfügiger Unfälle entschuldigt werden. Der Bericht verweist u. A. als Unfallursache auch auf die verwerfliche Gepflogenheit der Unternehmer, ungeübte und ungeeignete Personen auf gefährliche Posten zu stellen. „Die Abstellung dieser Gepflogenheit setze aber eine so durchgreifende Ueberwachung der Anlagen nach dieser Richtung voraus, daß die Fabrikinspektion dieser Aufgabe bei dem Umfange ihres Wirkungsbereiches nicht gewachsen ist. Welleicht würden aber die Berufsgenossenschaften und ihre Beauftragten, die ausschließlich mit der Unfallverhütung befaßt sind, hier ein dankbares Feld für eine eingreifende Thätigkeit finden.“ Wenn es sich also um die Verhütung der Lebens- und Gesundheitgefährden der Arbeiter handelt, dann reicht die staatliche Inspektion nicht aus und die Aufsichtsorgane müssen sich in ihrer Verlegenheit an die Berufsgenossenschaften derselben Unternehmer

wenden, deren verwerfliche Gepflogenheiten, vulgo Ausbeutungspraktiken jene Gefahren in immer wachsenderem Maße heraufbeschwören. Das ist ein Armutsszeugniß für die staatliche Gewerbeaufsicht, wie es trauriger kaum gedacht werden kann. Kein Wunder, wenn das Unternehmertum sich die Schwäche der staatlichen Aufsicht zu Nutze macht und rücksichtslose Zumuthungen an die Arbeitskräfte stellt, denen dieselben nur unter stetiger Gefährdung gerecht werden können.

Auf die im Berichtsjahre stattgefundenen Erhebungen über die übermäßige Dauer der Arbeitszeit in einzelnen Berufen behufs Vorbereitung eines sanitären Maximalarbeitstages kommen wir im Zusammenhange mit den Erfahrungen in anderen Einzelstaaten zurück.

Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1848.

Ein Beitrag zur Geschichte des „tollen Jahres“.
Von Brutus.

(Fortsetzung.)

Inzwischen begannen sich die Berliner Arbeiter zu organisiren, indem in den verschiedenen Branchen Vertreter ernannt wurden, die zu einer Deputationsversammlung zusammentraten; Born, der Delegirte der Schriftsetzer, erhielt den Vorstoß und leitete die Versammlung in vorzüglicher Weise, so daß selbst die liberale Presse sich lobend darüber aussprach. Aus der Deputirtenversammlung heraus bildete sich ein Zentralkomitee, das seinerseits wieder einen geschäftsführenden Ausschuß von fünf Personen wählte.

Als die Bourgeoisie sah, daß die Arbeiter ihre eigenen Wege gingen, wurden Versuche gemacht, die unterbrochene Verbindung wieder herzustellen. Von konservativer Seite her trat der bekannte Geheimrath Lette an die Deputirtenversammlung heran und suchte die Arbeiter zu überreden, die beabsichtigte Organisation im Verein mit den Unternehmern zu bilden. Nach einem Vortrag von Born, worin er den Letteschen Ausführungen, weil sie unpraktisch seien, entgegentrat, wurde der Vorschlag verworfen. Ebenso wenig Glück hatten die im „Politischen Klub“ vertretenen radikalen Bourgeois mit ihrem Arbeiterfang; die von ihnen einberufenen „Arbeiterversammlung“, in der bürgerliche Elemente das große Wort führten, wurde von Born und seinen

Gefinnungsgenossen einfach unbeachtet gelassen. Auch die Bestrebungen des „Konstitutionellen Klubs“ hatten keinen Erfolg. Die neue Arbeiterpartei ging unbeirrt, ohne nach rechts oder links zu blicken, ihres Weges weiter; selbst die extrem-kommunistischen Agitationen, deren Hauptvertreter damals der zwanzigjährige Fabrikantsohn Adolf Schlüssel war, fanden in Arbeiterkreisen wenig Anklang; der von Letzterem herausgegebene „Volkstreub“, eine Zeitung, die die kommunistischen Ideen vertrat, hatte nur 150 Abonnenten. Nicht viel besser ging es dem großen Utopisten und Kommunisten Wilhelm Weitling, der nach Berlin kam und dort eine Zeitung, „Der Urwähler“, herausgab, die jedoch schon nach der fünften Nummer wegen Abonnentenmangel eingehen mußte.

Als die Wahlen zum preussischen Landtag und zum Frankfurter Parlament ausgeschrieben wurden, zögerte die neue Arbeiterpartei keinen Augenblick, sich daran zu betheiligen. Aus taktischen Gründen schloß sie ein Wahlkompromiß mit der radikalen Demokratie und stellte als ihren Kandidaten den Bergolder Vieß, Vizepräsidenten des Berliner Zentralkomitees, auf, der dann auch — wenn auch nur als Stellvertreter — in die preussische Kammer gewählt wurde. Dieser geringe Erfolg entmutigte jedoch die Partei nicht, sondern feuerte sie zu neuer Arbeit an. Es wurde jetzt vom 1. Juni an eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung, „Das Volk“, herausgegeben, deren Redaktion Born übernahm; zu gleicher Zeit erließ das Komitee einen Aufruf an die gesammte Arbeiterbevölkerung Deutschlands zur Gründung sachgewerblicher Vereitungen, was den Erfolg hatte, daß sich in verschiedenen Städten Arbeitervereine, wenn auch nicht gerade nach Bornscher Schablone, bildeten. In Hamburg und Leipzig wurden Zentralkomitees nach dem Muster des Berliner ins Leben gerufen, während anderswo, wie z. B. in Breslau, der zweitgrößten Stadt Preußens, das Fachgewerbliche bei der Bildung der Vereine etwas mehr in den Hintergrund trat. In letzterer Stadt zählte der Arbeiterverein bald 1200 Mitglieder und hatte sein eigenes Organ, den „Volkspiegel“, an dessen Stelle die Redaktion später die „Fitzeligen Blätter“ setzte. Es wurden im Verein und seinem Organ sehr radikale Forderungen gestellt und erklärt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes, wozu sich die Berliner damals noch zufrieden gaben, durchaus nicht genüge; es müsse vielmehr eine allmähliche Expropriation (Ent-

Leute, die Gott anbeten in Häusern, „die von Menschenhänden gemacht sind“, mögen bedenken, daß auch Menschenblut bei dem Bau geflossen und die glänzenden Schnitte ihrer Gesangsbücher auch nicht zur Welt kommen, ohne einigen Arbeitern die Schwindsucht zu hinterlassen. Würden nun die frommen Leute sich durch diese Bedenken abhalten lassen, solche Goldschnittbücher zu kaufen und auf den Besuch solch Menschenblut erfordernder Bauwerke verzichten? — sie werden das freilich nicht thun, sie sind gar nicht so sehr fromm — damit wäre auch gar nichts gebessert, die Arbeiter würden arbeitslos und müßten hungern. So wird's mit den Thieren sein, wenn sie den Zwed versehen, den ihnen der Mensch jetzt angewiesen. Will man Fintelhäuser bauen, die Alters- und Invalidenversicherung auf das Rindvieh ausdehnen, oder Sanatorien für sie einrichten, wie die braven Hindus? Die Vegetarier haben das natürlich Alles aufs Beste geregelt in ihren Köpfen, und wo sich sonst kein Ausweg bietet, da ist bekanntlich die Natur, die gute Mutter,* so um alle ihre Kinder besorgt, daß Keinem ein Leid geschieht, wenn nur der Mensch, dieser Bösewicht, zu ihren guten Sitten zurückkehren wollte. Ja, die gute Natur! wer wird nicht ihre Wohlthaten preisen! Aber was ist ihre Güte, was ihre Gerechtigkeit? Hat sie ihren Kindern ein schönes Leben, einen sanften Tod vor Altersschwäche beschieden? Paßt das Raubthier, paßt der Mensch mit seinen Raubthiergewohnheiten nicht in ihren Haushalt? Sollen die Batterien

und Würmer und anderes Gesindel die Vernichtung all der Rababer der Seeligensklaffen übernehmen? Oder hat doch vielleicht der große Agitator des Christenthums Recht, wenn er sagt: „Die Gerechtigkeit kommt nicht aus der Natur, noch aus ihren Werken?“* Wer nüchternen Auges das Geschehen in dieser Welt betrachtet, wird das Moralisches als ein Entwicklungsprodukt des Menschenbaisens erkennen, er wird auch erkennen, daß dem moralischen Willen des Menschen gewisse Grenzen gesetzt sind. Vom Buddha wird uns erzählt, daß er einst einer verhungerten Löwin dadurch das Leben gerettet, daß er ihr ein Stück seines eigenen Fleisches zu fressen gegeben, hätte er allen hungrigen Löwin helfen wollen, er hätte seinen ganzen Leib verfürthern können und die Bestien hätten sich noch beklagt über die mageren Bissen. So würden wir unser ganzes individuelles Leben vernichten, wenn wir allen Menschen die gleich intensive Liebe wie uns selbst widmen wollten. „Der beste Mensch denkt an sich selbst zuletzt“, — eine erhabene Ansicht; leider sehr unbrauchbar: der beste Mensch würde dabei zu Grunde gehen, um dem schlechteren, dem Unkraut, Raum zu schaffen. Der Mensch hat in dieser Welt mancherlei Pflichten zu erfüllen, Pflichten gegen sich selbst, gegen seine Nächsten und Alternächsten u. s. w., und zuguterletzt auch gegen die Thiere. Diese Pflichten geraten leicht in Widerstreit und das ergibt dann das Böse“. Wer Hunger hat, ein Brot stiehlt und sich sättigt, erfüllt eine Pflicht gegen sich, aber verletzt eine gegen seinen Nebenmenschen. Bartel Luxaroff verräth seine Genossen, begeht einen Schurkenstreich, leistet einen Meineid um zweihundert Gulden; aber all das für seine Familie. Hier erfüllt er seine Pflicht eben auf Kosten seiner Ehrlichkeit, ein zu hoher Preis, sie hätten weiter hungern sollen. In diesem Falle geht der Konflikt der Pflichten ins Heroische über, es werden Opfer verlangt, die dem Manne zu groß dünken, seine sittliche Persönlichkeit bricht zusammen, er entscheidet sich für das Mindertwerthige.

Für uns handelt es sich darum: ist es eine Pflicht

* Paulus an die Römer.

der Selbsterhaltung, der Erhaltung des für die uns gestellten Aufgaben nöthigen Kräftevorraths, uns des Fleisches als Nahrungsmittel zu begeben, oder muß uns die Erhaltung der Thiere mehr gelten? Wir gilt mein eigenes Leben mehr als das der Thiere und ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich in meinen Verhältnissen und bei der Arbeit, die ich verrichten muß, die Fleischnahrung nicht entbehren kann; ich bin zu der Ueberzeugung gekommen durch persönliche Erfahrung, und die Beobachtung Anderer hat mir gezeigt, daß auch sie bei der vegetarischen Kost nicht recht gedeihen, auch von ihnen hat Mancher die Erfahrung gemacht, daß er einem thörichtigen Ideal nachgelaufen, er mußte umkehren, mit Bebauern mußte er umkehren, denn er hatte die Idee liebgewonnen.

Man wird für den Schutz der Thiere eintreten, man wird die Peinigung eines Thieres als eine Rohheit verabscheuen, aber die letzte Konsequenz des Thierschutzes, ihnen das Leben zu garantiren, sie hierin dem Menschen gleichzustellen, das geht zu weit, denn man muß auch Maß halten im Guten, daß man nicht zu kurz komme.

Mag der gerechte Brahmane seinen Reis essen, an den heiligen Ufern des Ganges dahin wandeln und sich ins Nirvana hinüberbüßen, wir, die wir im Kampfe des Lebens stehen, müssen trachten, uns kampffähig und tüchtig zu erhalten. Wenn aber eine Zeit gekommen sein wird, in der den Menschen ein freieres und leichteres Leben möglich ist, in der die sittliche Forderung der Gerechtigkeit für Alle nicht mehr ein fernes Ideal ist, den Menschen nicht nur ein seiner Natur gemüthes, sondern auch seiner ethischen Kultur entsprechendes Dasein möglich ist, dann wird man vielleicht wieder vor der Frage stehen: Ist es möglich, den Thieren das Leben zu erhalten, ist es möglich, auch in diesem Punkte die sittliche Ordnung an Stelle der natürlichen* zu setzen, ist es möglich und vorthellhaft? — Ich zweifle.

* Das Natürliche ist hier der Kampf ums Dasein. In diesem Falle ein ungleicher Kampf, ein Schlachten des Schwächeren.

signung) der Kapitalisten eingeführt werden; wenn diese nicht freiwillig auf den Besitz ihres Privilegiums verzichten wollten, so müsse ein unarmherziger Krieg gegen die Bourgeoisie, die „Züchter der weißen Sklaven“, geführt werden. Auch die konstitutionellen Ertragsverhältnisse, wie Pressefreiheit und andere schöne Sachen, nützen dem Proletariat wenig, so lange es am Hungertuche nage. „Gebt dem Volke sein Recht, Bourgeois“, so schrieb die Zeitung, „schafft die Sklaverei der Arbeit ab, so werdet Ihr Ruhe und Frieden haben! Sträubt Ihr Euch dagegen, so wird sich der Arbeiter sein Recht nehmen, ob auf gesetzlichem oder auf ungesetzlichem Wege, das ist durchaus gleichgültig; die Hauptsache ist, daß er Recht bekommt.“ Bei einem solchen Standpunkte ist es nicht zu verwundern, daß das Caselluch zwischen der Bourgeoisie, die sich damals im freisinnigen Liberalismus verlor, und der Arbeiterklasse radikal durchschnitten wurde. Dem Liberalismus wird vorgeworfen „seine innere Hohlheit und Falschheit, seine gedankenlose Gespreiztheit und Borneschnitzerei, seine wahrhaft göttliche Unerschämtheit im Ignorieren oder Wegleugnen von Thatsachen, die ihm vor aller Welt ins Gesicht schlugen, sein elchastisches Maulheldenthum, sein widerliches Koffetieren und Wuhlen um die Volksgunst und vor Allem seine schamlose Selbstsucht, in Folge dessen er das politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse ist, die an der Stelle des Herzens den Gelbfad trägt und keine anderen Interessen kennt, als die des Kapitals.“

Könnte man diese Schmeichelworte nicht auch den heutigen Liberalen ins Album schreiben? Und darf man nicht billiger Weise den Scharbild des Verfassers bewundern, der bereits damals die liberalen Volks- und Freiheitsfreunde auf Herz und Nieren geprüft hatte? Ist es aber endlich nicht höchst bedauerlich, daß es noch heut zu Tage, nach fünfzig Jahren, Arbeiter giebt, die sich vom Liberalismus ins Caselluch nehmen lassen?

Der Breslauer „Arbeiterverein“ hatte den Erfolg, daß seine beiden Kandidaten, der Professor Nees von Eisenbeck, der geistige Führer des Vereins, und der Schriftsetzer Brill, in die preussische Kammer gewählt wurden.

Mittlerweile regte sich in den in den verschiedenen Städten gebildeten Arbeitervereinen der Drang nach Zentralisation; dieser Drang fand neue Nahrung, als die selbständigen Handwerksmeister sich gleichfalls zu organisiren begannen. Vom 2. bis 6. Juni 1848 fand in Hamburg ein Kongreß von Vertrauensmännern norddeutscher Handwerksmeister statt, an dem sich auch Gesellenvertreter beteiligten; es kam zwischen beiden Gruppen zu sehr erregten Debatten und die Meister schoben die Gesellen bei Seite. Eine etwas entgegenkommendere Haltung nahm der am 18. Juni in Berlin tagende Handwerkerkongreß ein, wogegen der am 15. Juli in Frankfurt a. M. stattfindende Kongreß die Gesellenvertreter einfach zurückwies. Die anwesenden Gesellen konstituirten sich auf der Stelle als „Gesellenkongreß“, der später den Namen „Arbeiterkongreß für ganz Deutschland“ annahm; unterm 3. August richtete dieser Kongreß eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung, worin u. A. die Einführung eines zwölfstündigen Arbeitstages (inklusive Frühstücks, Mittags- und Vesperpause), die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes und die Gründung einer großen, nationalen Invalidenkasse gefordert wurden.

Am 23. August wurde in Berlin der erste deutsche Arbeiterkongreß eröffnet, an dem sich, außer einigen Frankfurter Delegirten, die drei Zentralkomitees für Arbeiter (zu Berlin, Leipzig und Hamburg) und 29 Arbeitervereine durch ihre Vertreter beteiligten; außerdem waren Zuschriften von neun Vereinen, darunter auch vom deutschen Klub in Brüssel, eingelaufen; nicht beteiligt hatten sich Kurhessen, Hessen-Nassau, Braunschweig, Oldenburg und Bremen. Zum Vorsitzenden wählte man den Professor Nees von Eisenbeck, zum Stellvertreter Schriftsetzer Born und zum Schriftführer Vergolder Bistky. Der Kongreß währte zehn Tage, bis zum 3. September. Es wurde beschlossen, in jedem Orte Deutschlands sollten die Arbeiter der verschiedenen Gewerke Vertreter in ein Lokalkomitee wählen; aus den Delegirten der letzteren sollte ein Bezirkskomitee gebildet werden und an die Spitze all dieser Komitees sollte ein Zentralkomitee, mit dem Sitze in Leipzig, treten. Die Aufgaben dieser verschiedenen Komitees waren mannigfaltiger Art und ihre Formulirung zeigt von einer für die damaligen Verhältnisse bewunderungswürdigen Umsicht; sie erstreckten sich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und zogen auch Wohnungs-, Erziehungs- und Genossenschaftsfragen in den Bereich ihrer Thätigkeit. Alle diese Aufgaben suchte man auf dem Wege der

Selbsthilfe zu erreichen, stellte aber auch gleichzeitig die Forderung auf Unterstützung seitens des Staates; vom Staate verlangte man u. A. Festsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr, Anerkennung der Arbeiterorganisationen und Gewährleistung unbeschränkter Koalitionsrechte, Aufhebung des Ehekonjokes und Einführung der Freizügigkeit, Beschränkung der Zuchthausarbeit und der Lehrlingszuchterei, Abschaffung der indirekten Steuern, Wahl der Werkführer in Fabriken und Werkstätten durch die Arbeiter, Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages und endlich Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und beim Hausirhandel, in Werkstätten dagegen nur aus erzieherischen Gründen.

Nach Schluß des Kongresses richtete das Zentralkomitee drei Adressen und ein Manifest an die Nationalversammlung in Frankfurt und einen Aufruf „An die deutschen Arbeiter!“ in denen die Forderungen dargelegt wurden, deren Mäßigkeit und Berechtigung man noch ganz besonders hervorhob. Dem neugegründeten Arbeiterbunde, der „Arbeiterverbrüderung“, wie der offizielle Titel lautete, traten sofort sämmtliche in Berlin vertretenen Vereine bei; Born, der Vorsitzende des Zentralkomitees, stieg nach Leipzig über und gab dort das wöchentlich zweimal erscheinende Vereinsorgan „Die Verbrüderung, Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter“ heraus. Nunmehr entfaltete der Bund eine rege Agitation und sagte in vielen Städten Boden, wo er Versammlungen abhielt und Vereine ins Leben rief; auch gründete er Arbeiterbildungsvereine und Unterstützungsklassen, wo das Bedürfnis hierfür vorhanden war. Ferner veranlaßte er die Abhaltung von Bezirkskongressen, wie z. B. in Leipzig am 27. September, in Heidelberg am 28. Januar 1849, in Hamburg und Altenburg am 10. Februar, in Nürnberg am 3. April u. s. w. Als Kuriosum möge noch erwähnt werden, daß an dem norddeutschen Bezirkskongreß zu Hamburg auch zum ersten Male der Versuch gemacht wurde, Anschluß an die ländlichen Arbeiter zu finden; es waren nämlich Delegirte von zwei Landgemeinden erschienen, die die Frage stellten, wie den Landarbeitern zu helfen sei. Der Kongreß beschloß, auch die mecklenburgischen und holsteinischen Landarbeiter zu organisiren, ferner wurde eine Petition in Umlauf gesetzt, die u. A. Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Einführung von ländlichen Arbeitergenossenschaften mit Staatshilfe forderte. Zu gleicher Zeit wurde auch in Schlesien und Ostpreußen eine energische Landagitation betrieben, leider wurden diese Bestrebungen durch die immer mehr anschwellende Gegenrevolution nur zu halb unterdrückt.

An dieser Stelle möge es erlaubt sein, in kurzen Zügen die treibenden Ideen, die in den Köpfen der neuen Arbeiterführer lebten, zu skizziren. Die soziale Frage ist der Ausdruck eines in der Gesellschaft herrschenden Klassenkampfes, eines Kampfes zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen; letztere wollen die Privilegien aufheben, erstere wollen sie aufrecht erhalten. Hiernach ist die ganze Stellung einer Arbeiterpartei bestimmt. Die Herrschaft einer einzelnen Klasse muß beseitigt werden; deshalb war es sehr richtig, daß das Proletariat am Sturze des Feudalismus und des absoluten Regiments thätig mitgearbeitet hat; nachdem nunmehr durch die Märzrevolution die Bourgeoisie, die Herrschaft des Geldsacks, ans Ruder gekommen ist, hat das Proletariat diese ebenso energisch zu bekämpfen; die Mittelschichten, Kleinbürger und Kleinbauern, sind in ihren berechtigten Interessen zu unterstützen, im Uebrigen aber zu einem Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Feudalismus zu erziehen. Das einzige Mittel, dem Arbeiter zu helfen und das „Recht auf Arbeit“ zu verwirklichen, ist die Affoziation, die Genossenschaft, wodurch die parasitischen Zwischengewächse, die sich vom Mark des Arbeiters nähren, überflüssig gemacht werden.

Auf politischem Gebiete predigte die „Verbrüderung“ den entschiedensten Radikalismus und Republikanismus, sie forderte die Arbeiter auf, gegen die beginnende Gegenrevolution Front zu machen und sich nicht feige unter die Fäße treten zu lassen.

Als die Regierungen die Gegenrevolution immer energischer betrieben und die Märzerrungenschaften in den Staub traten, wurden die Arbeiter in revolutionären Liedern aufgefordert, sich um die rote Fahne zu schaaren und die Regierungen und die Reichen schonungslos zu bekämpfen. Aber nicht nur mit Worten, sondern auch durch Thaten bewiesenen die Männer der „Verbrüderung“ ihren Muth; Born selbst ging nach Dresden, nahm Antheil an der Mairevolution und wurde sogar zum Oberkommandanten des Insurgentenkörpers gewählt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Agitation im Elsaß und dem badischen Oberlande.

Nachdem mehrseitig der Wunsch ausgesprochen war, im Elsaß und badischen Oberlande eine außerordentliche Agitation zu veranstalten, wurde mir der Auftrag zu Theil, nach den größeren Orten des genannten Bezirks zu reisen, um dort, wo unsere Organisation noch gar keinen Anhaltspunkt hat, einen solchen zu suchen und anderwärts durch Versammlungen u. noch fernstehende Kollegen dem Verbanne zuzuführen. Wie diese Aufgabe erfüllt wurde, mögen die nachstehenden Zeilen berichten.

Mein Weg führte mich zunächst nach Mülhausen. In diesem Orte, wo ungefähr 200 Arbeiter in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigt sind, besteht seit 1890 ein „Graphischer Unterstützungsverein“, welchem die größte Zahl der dortigen Buchbinder, Steinbrücker und Lithographen angehört, und welcher bei Arbeitslosigkeit und Krankheit eine mäßige Unterstützung leistet, jedoch alle Eigenschaften einer Kampforganisation gänzlich vermissen läßt. Da uns dieser Verein, wie man sich denken kann, unsere Agitation erheblich erschwert, so war es bisher nicht möglich, dort festen Fuß zu fassen, ja es fehlte jede zuverlässige Adresse. Durch Vermittlung des Vertrauensmannes der Gewerkschaften in Mülhausen gelang es, die Adressen von elf in verschiedenen größeren Firmen beschäftigter Kollegen aufzutreiben und wurden diese eingeladen, zu einer Besprechung zu erscheinen und die ihnen bekannten Kollegen gleichfalls einzuladen. Das Resultat war, daß zwei erschienen. Wie sehr aber hier Aufklärungsarbeit Noth thut, sah man an den Gesinnungen, von denen die beiden Kollegen beherrscht waren.

In erster Linie erklärten sich dieselben mit den in Mülhausen bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen zufrieden, wozu bemerkt werden muß, daß dort einige Arbeiter verhältnismäßig gut bezahlt werden, die große Menge aber sehr schlecht entlohnt wird, was bei den theuren Lebensverhältnissen in Mülhausen doppelt ins Gewicht fällt. Als dann die beiden Kollegen über die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse aufgeklärt wurden und ihnen namentlich zu Gemüte geführt wurde, daß bei schlechter Geschäftskonjunktur die Arbeitgeber nur zu leicht geneigt seien, auf die Lohnverhältnisse einen Druck auszuüben, was nur durch eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation verhindert werden könne, meinten sie sehr naiv: „Das thun unsere Patrone nicht.“ Bezeichnend ist ferner für die Tendenz des dortigen Unterstützungsvereins der Umstand, daß den sämmtlichen Arbeitgebern die Statuten desselben zugesandt worden sind, damit sich dieselben überzeugen können, daß besagter Verein nichts Schlimmes gegen sie im Schilde führe. Von den beiden Kollegen erfuhr ich ferner, daß in betreffendem Vereine alle sonstigen Fachblätter gehalten werden, aber nur nicht unsere „Buchbinder-Zeitung“. Im Laufe der Unterredung mochte es den Kollegen doch etwas klar geworden sein, daß die Bestrebungen unseres Verbandes nicht so ganz von der Hand zu weisen seien, denn sie versprachen, im Verein dahin zu wirken, daß zunächst die „Buchbinder-Zeitung“ von Weineinswegen gehalten werde. Alles in Allem ist das Resultat in Mülhausen das: Ein momentaner Erfolg ist hier in Folge der langjährig eingewurzelteten Indifferenz nicht zu erwarten, sondern man muß die Zeit und die Verhältnisse wirken lassen. Wird aber an der Hand der nun vorhandenen Adressen ferner schriftlich agitirt, so ist es nicht unmöglich, dort unter den Kollegen für unsere Sache Boden zu gewinnen.

Von Mülhausen wandte ich mich nun zunächst nach Colmar. Auch hier fehlte bis jetzt jeder Anhaltspunkt, doch gelang es, die Adressen der sämmtlichen in Colmar arbeitenden Kollegen, elf an der Zahl, zu erhalten und wurden auch diese zu einer Besprechung eingeladen. Von diesen elf erschienen vier, und waren diese der Meinung, daß, wenn der Tag (Freitag) kein so ungünstiger gewesen sei, vielleicht acht erschienen wären. Nachdem die erschienenen Kollegen mit Zweck und Zielen des Verbandes bekannt gemacht waren, versprachen sie, am nachfolgenden Tag (Samstag) die anderen Kollegen nochmals einzuladen und sich bei der nächstgelegenen Zahlstelle als Mitglieder anzumelden. Hier stände also ein günstiger Erfolg in Aussicht, was in Anbetracht der Thatsache, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Colmar ungefähr die gleichen sind, wie in Mülhausen, also Besserung bringen noth thut, doppelt zu begrüßen ist.

Für Samstag den 12. März war von der Zahlstelle Freitag eine außerordentliche Mitgliederversamm-

lung einberufen, in welcher ich über das Thema: „Der Werth der Berufsvereine und der Unwerth anderer Vereinigungen in erster Zeit“ sprechen sollte, und zu welcher circa fünfundsünfzig dem Verbands nach fernstehende Kollegen eingeladen waren. Von den letzteren erschien gar keiner, von den sieben in Freiburg arbeitenden Verbandskollegen waren vier — geschrieben vier — erschienen, so daß unter diesen Umständen die Versammlung ausfallen mußte. — Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche unter schwierigen Verhältnissen gleich die Finte ins Korn werfen möchten; was aber die Verhältnisse in unserem Berufe in Freiburg anbetrifft, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß nach den geschilderten Erfahrungen und den von Kollege Maurer, dem Vorsitzenden der dortigen Zahlstelle, gemachten Mittheilungen, das Beste ist, die Freiburger Kollegen ihrem Schicksale zu überlassen und eine Besserung dem Zufall anheimzustellen; durch Agitation in irgend welcher Form ist dort nichts zu erreichen.

Von einem geplanten Agitationsversuch in Lahr mußte wegen völliger Aussichtslosigkeit abgesehen werden, da auf eine dorthin gerichtete Anfrage gar keine Antwort erfolgt war.

Für Samstag den 19. März ist seitens der Zahlstelle Strassburg noch eine außerordentliche Mitglieder-versammlung anberaumt, in welcher über das bereits für Freiburg bestimmte Thema referirt werden wird.

Widre diese Agitation dazu beitragen, daß im Elsaß, wo die Verhältnisse zum größten Theile noch recht ungünstige sind, und einem Vordringen verschiedener Umstände halber große Schwierigkeiten im Wege stehen, unsere Organisation nach und nach an Ausbreitung gewinnt. Zugleich möchte ich den Wunsch aussprechen, daß an Orten, wie Freiburg und Lahr, welche eine Hochburg für unsere Bewegung sein könnten, bald ein neuer Geist unter den Kollegen sich entwickeln möge, ehe es zu spät ist.

H. Dittrich.

Ich erhebe Protest

als Bevollmächtigter der Zahlstelle Hamburg gegen die Bemerkungen des Verbandsvorstandes am Schlusse des die Stimmung in Hamburg bezeichnenden, mit „Aut-aut“ überschriebenen Artikels. Es wird durch die Behauptung, daß die Ansicht des Verbandsvorstandes, die Unterstützung am 1. Juli er. zu erhöhen, dem Bevollmächtigten in Hamburg bekannt gewesen sei, und durch den besonders hervorgehobenen Sperrdruck die Meinung zu erwecken versucht, daß dieser Beschluß den Hamburger Mitgliedern vorenthalten worden sei, daß also der Bevollmächtigte in Hamburg in pflichtwidriger Weise den Brief unterschlagen habe. Dieses ist nicht der Fall, sondern der Brief ist mehrfach in die Diskussion mit hineingezogen worden; wenn dieses in dem Artikel nicht erwähnt wurde, so geschah es, weil es nebensächlicher Natur ist. Sobbann soll durch den Ausdruck, von „einem Rufe folgend“ bei den übrigen Mitgliedern der Anschein erweckt werden, als sei der Beschluß der Zahlstelle Hamburg nur dem Drängen von einer einzelnen Person oder dessen Propaganda zu verdanken. Es ist dieses vollständig aus den Fingernägeln gefogon; wenn irgend wann bei irgend welchem Anlasse lediglich die Sache Zweck war, so ist es der Beschluß der über-großen Mehrheit (aber ohne Fragezeichen), am 1. April die erhöhte Unterstützung einzuführen. Von den 63 Kollegen, welche dafür stimmten, daß die Unterstützung am 1. April ausbezahlt werden soll, haben 49 noch nicht ein einziges Mal die Verbandsklasse in Anspruch genommen, trotzdem die meisten schon über fünf Jahre Mitglieder sind. Ein Zeichen, daß lediglich Gerechtigkeit die Triebfeder gewesen ist, und ohne persönliches Interesse an der Unterstützung der Beschluß zu Stande kam.

Hamburg.

A. Borst.

Was soll der feierliche Ausruf: „Ich erhebe Protest!“ Kollege Borst ist doch nicht in der Lage, die Anmerkung des Verbandsvorstandes an seinen Artikel in voriger Nummer als unwarh und unbedeutend bezeichnen zu können. Daß es ihn wurmt, sofort festgestellt zu sehen, daß ihm bereits Mittheilung vom Verbandsvorstand gegeben war, bevor die Versammlung stattfand, ist ja begreiflich, weil hierdurch das Vorgehen der betreffenden Versammlung der Zahlstelle erst recht unverstänlich für jedes sachlich prüfende Mitglied geworden ist. Als nebensächlich wird die besagte Mittheilung gewiß nicht zu betrachten sein. Gerade weil in seinem vorigen Artikel Kollege Borst gar nichts von der brieflichen Mittheilung erwähnte, mußte der Verdacht entstehen, daß es absichtlich unterlassen wurde, um mehr Stimmung für das Vorgehen von Hamburg zu machen. Hat Borst

das nicht beabsichtigt, so ist das von ihm als nebensächlich Angesehene immerhin von uns als so wichtig zu betrachten, daß wir dessen Nichterwähnung mindestens als einen großen Fehler ansehen müssen, da durch die Unterlassung der Angabe, daß der Versammlung Kenntniß vom Schreiben gemacht wurde, die Beurteilungsmöglichkeit der ganzen Sache für alle Nichteingeweihten sehr gehemmt gewesen wäre, würden wir nicht ausdrücklich auf unsere nach Hamburg gemachte Mittheilung hingewiesen haben. Aus diesem Grunde wurde auch die Stelle gesperrt gesetzt.

Verwunderlich ist die Verwahrung gegen die Worte in unserer Anmerkung: „einem Rufe folgend“. Wer diese Worte in ihrem Zusammenhang liest, wird nichts anderes darin finden als eine Warnung, dem Rufe aus Hamburg zu folgen; ob der Ruf, welchen jetzt die angeblich über-große Mehrheit der Verbandsmitglieder in Hamburg nach außen laut werden ließ, von einer einzelnen Person zuerst an die Mitglieder in Hamburg ging, das haben wir nicht untersucht und ist für uns nebensächlich.

An die Worte „über-große Mehrheit“ der Zahlstelle Hamburg müssen auch heute noch Fragezeichen gemacht werden, weil Kollege Borst unrichtige Behauptung machte. Laut seinem eigenen Bericht haben 63 Mitglieder mit Ja gestimmt bei der Frage, ob am 1. April die erhöhte Unterstützung in Hamburg ausbezahlt werden soll; laut Abrechnung vom vierten Quartal sind in Hamburg aber 215 männliche und 50 weibliche Mitglieder. Die Zahl 63 ist also nur eine Majorität in der Versammlung gewesen, aber nicht die Mehrheit der Mitglieder bei der Zahlstelle. Immerhin ist es bedauerlich, daß überhaupt eine Majorität in der Versammlung sich finden ließ, wenn die Interessen des Verbandes nicht unbeachtet blieben.

Eine Abgabe höherer Unterstützung als zur Zeit allgemein im Verband festgesetzt und eingeführt, kann nicht auf Rechnung des Verbandes gehen, sondern fällt den Auszahlern beziehungsweise der Zahlstelle zur Last, welche solche Fehler machen.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Die Geschäftsbüchereiabrit Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Augsburg. Nachdem die Saison so ziemlich vorüber ist und die fremden Kollegen nahezu alle wieder abgereist sind, befindet sich nur noch der sogenannte „Stamm der Zahlstelle“ hier. Unsere Mitglieder-versammlungen zeichnen sich deshalb nicht mehr durch jene erregten Debatten aus wie früher, sondern sie tragen jetzt einen ruhigen, sachlichen Charakter. So beschäftigte unsere Mitglieder-versammlung vom 12. März sich mit den Hamburger Fragen. Nach längerer, sachlicher Diskussion kam die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß wohl bei der letzten Urabstimmung die meisten der Kollegen unserer Zahlstelle für den Antrag Königsberg-Glogau stimmten, was wohl nur die sogenannten „Wandervögel“ waren, während aber der „Stamm“ damals wie heute gegen Erhöhung der Unterstützung war, denn die Mitglieder wollen den Verband als eine Kampfesorganisation und nicht als eine Versicherungsgesellschaft haben. Sollte jedoch die Unterstützung erhöht werden, so solle man Unzugkosten für verheiratete Kollegen gewähren, was bei der nächsten Urabstimmung zum Antrag erhoben werden wird. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitglieder-versammlung ist mit dem Vorgehen des Verbandsvorstandes vollständig einverstanden und findet die Zeit zur Erhöhung der Unterstützung zu früh.“

Ferner wurde die vom Gauvorstande angeregte Gründung eines Arbeitsnachweises besprochen. Die Kollegen stehen jedoch einer solchen Gründung sehr pessimistisch gegenüber, obwohl sie den Werth desselben durchaus nicht verkennen; denn man hatte schon des öfteren lokale Arbeitsnachweise eingeführt, wurden aber stets von den Meistern nicht genügend beachtet. Kollege Losch ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften hier überhaupt nicht den nöthigen Einfluß haben, um einen Arbeitsnachweis zu halten, sondern man müsse endlich darnach trachten, daß hier ein städtisches Arbeitsnachweiskureau eingeführt wird, denn die „In-strie- und Großstadt“ Augsburg hat bis heute noch keines. Die Versammlung, welche die Meinung acceptirte, beantwortete die Frage als vorläufig unbedeutend für Augsburg.

»Cottos.«

Frankfurt a. M. Dem Bericht unserer Mitglieder-versammlung vom 19. März will ich zunächst vorausschicken, daß wir am 6. März eine gut besuchte öffentliche Versammlung abhielten. In dieser sprach Genosse Göller über den „Polabowölkischen Geheim-erlaß“. Eine diesbezügliche Resolution wurde angenommen. Weiter hielten wir am 13. März unser diesjähriges Stiftungsfest bei überfülltem Saale in der Konforbia ab. Die Fuldaer Kollegen gedachten unser durch ein Glückwunschtelegramm, wofür wir ihnen hierdurch unseren Dank ausprechen.

Bei unserer letzten Versammlung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu den Hamburger Beschlüssen? Zweitens ein Antrag auf Verlegung unseres Lokals nach der Zentralherberge „Erlangerhof“. Als in Nr. 2 unseres Blattes die bekannte Bekanntmachung unseres Verbandsvorstandes erschien, da war es hier nur mit Stimmengleichheit möglich, ein Misstrauensvotum gegen den Verbandsvorstand unausgesprochen zu lassen. Um so schwerer fällt es für die Hamburger Zahlstelle ins Gewicht, mit welcher Einmütigkeit man hier gegen deren willkürlichen Schritt Front machte. Verschiedene Kollegen hoben hervor, daß sie so wie damals auch jetzt noch mit dem Verbandsvorstande in der Unterstützungsforderung nicht übereinstimmen, aber einen solchen Schritt, wie ihn die Hamburger machen wollen, mitzumachen, verbiete ihnen doch die Achtung vor der Organisation. Unter dem Bericht von der Hamburger Versammlung steht der Name Borst, letzterer ist auch Bevollmächtigter der Zahlstelle. Wie nun aus der Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu den Hamburger Beschlüssen hervorgeht, war der Zahlstellenvorstand dort benachrichtigt, schon ehe die Beschlüsse gefaßt wurden, daß die erhöhte Unterstützung vom 1. Juli an ausbezahlt werden könnte. Also in dem Augenblick, als der dortige Vorstand seine hektographirten Zettel an die Mitglieder versandte, da wußte er bereits, daß das, was er willkürlich zu durchbrechen vor hatte, schon ziemlich geregelt war; und trotzdem dieses Vorgehen. Man kann es kaum in Worte fassen, welche Gefühle einen beschleichen bei der Betrachtung eines auf einer solchen Basis beruhenden Vorgehens. Und wir können nicht glauben, daß der Hamburger Zahlstellenvorstand den Mitgliedern am Orte die wahre Lage der Dinge mitgetheilt hat, sonst hätten die Hamburger Kollegen — so nehmen wir an — nie und nimmer diese folgenschweren Beschlüsse gefaßt. Die Hamburger werden gewiß ihren brüchigen Vorstand zur Rechenschaft ziehen, bis dahin enthalten wir uns jeder weiteren Äußerung. Warten wir ab, ob das Selbstbewußtsein des dortigen Versammlungsberichterstatters und Vorsitzenden, welches aus jeder Zeile seines Berichtes hervortritt, Stand hält. Ein Antrag, die Fragen der Hamburger Zahlstelle nicht zu beantworten, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Weiter wurde folgende Resolution gegen vier Stimmen angenommen (und diese stimmten nur dagegen, weil sie die Form gemildert wissen wollten):

„Die Zahlstelle Frankfurt a. M. lehnt jede Beantwortung auf die Fragen der Hamburger Zahlstelle ab und erklärt das Vorgehen der letzteren als einen Verstoß gegen die Zentralisation. Im Weiteren hält es die Versammlung als ein frivoles Vorgehen, wenn nach der Bekanntgabe des Verbandsvorstandes an die Zahlstelle Hamburg, daß vom 1. Juli ab die erhöhte Unterstützung zur Auszahlung gelangen wird, dieselbe dennoch beschloß, die Erhöhung schon vom 1. April an auszuzahlen. Die Versammlung protestirt entschieden dagegen.“

Die Versammlung war von etwa 40 Kollegen besucht.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Verlegung des Lokals betreffend, wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Es werden von jetzt an die Versammlungen nicht mehr wie seitler Samstag, sondern alle 14 Tage Montags im Saale des Erlangerhofes, Bornastraße, stattfinden. Wir hoffen, da auf diese Weise den Kollegen eher Gelegenheit zu einem feineren Zusammenklusß gegeben worden, einen Vortheil für unsere Zahlstelle und eine Annehmlichkeit für unsere Kollegen.

E. B.

Leipzig. Am Sonnabend, den 19. d. M., fand eine öffentliche Versammlung aller in der Buchbindererei u. s. w. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag von Herrn Wiefenthal über „Fugger und seine Zeit“; 2. Vorschläge zu einem Bevollmächtigten des Verbandsvorstandes; 3. sollen in Zukunft unsere Versammlungen zeitiger beginnen? 4. Gewerkschaftliches. Der Vortrag von Herrn Wiefen-

thäl wurde beifällig aufgenommen. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Radtke und Glas, ebenso der Referent. Bei Punkt 2 wurde Kollege Hemmann dem Verbandsvorstand einflüchtig wieder vorgeschlagen. An Stelle des Kollegen Zinke, welcher sein Amt als Gauvertrauensmann niedergelegt, wird Kollege F. Nöple vorgeschlagen. Zum Punkt 3 verweist Hemmann auf den letzten Versammlungsbefuch und denkt es dadurch zu bessern, daß wir zeitiger anfangen. Hierzu entwickelt sich eine lebhaftige Debatte. Nachdem sich die Kollegen Busch, Gullisch, Reichmann, Branbomair, Müller, Glas, Rieger und Frisch, zum Theil wiederholt, für und gegen ausgesprochen, wird ein Antrag, die Versammlungen in Zukunft versuchsweise um 7 Uhr beginnen zu lassen, angenommen, und gewünscht, daß es in Kollegentreifen möglichst bekannt gemacht wird. Bei Punkt 4 giebt Kollege Hemmann bekannt, daß die Zahlstelle Hamburg einen Beschluß gefaßt hat, vom 1. April ab die erhöhte Unterstützung auszuführen und ersucht um Stellungnahme hierzu. Nachdem sämtliche Redner das Verhalten der Hamburger als einen Fehler hingestellt haben, wird wegen des schwachen Besuchs und weil Viele noch nicht klar darüber sind, ein Antrag angenommen, die Angelegenheit Hamburg contra Verbandsvorstand als 1. Punkt auf die nächste Versammlung zu setzen. Daß wir nicht eher Stellung hierzu nehmen konnten, liegt an den Hamburger Kollegen, da sie uns eher hätten Nachricht geben sollen. Zum Schluß macht noch Kollege Frisch auf die nächsten Sonnabend im Albertgarten stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam und wird dann die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

(Anmerkung des Schriftführers. Meine Meinung ist, daß wir einen guten Versammlungsbefuch nur haben werden, wenn unsere Versammlungen, ob dieselben um 6 oder 9 Uhr anfangen, nicht zu lange ausgedehnt werden, damit die Kollegen zu ihrem Privatvergnügen noch Zeit gewinnen.) H. B.

Leipzig. Auf unser Ersuchen war uns von dem Chef der Maschinenfabrik Karl Krause in freundschaftlicher Weise gestattet worden, die Fabrik am Vusstag zu besichtigen. Wohl gegen 600 Mann waren Vormittag 10 Uhr am und im Albertgarten versammelt, von wo aus der Abmarsch nach dem nahegelegenen Etablissement erfolgte. Nachdem wir von dem Herrn Direktor Hofer im Namen des Herrn Kommerzienraths Karl Krause willkommen geheißen waren, wurde die Fabrik unter Führung des Herrn Hofer und der Meister des Werkes durchstreift. Es würde zu weit führen all das Gesehene anzuführen, es mag genügen hier mitzutheilen, daß jeder am Besuch Theilnehmende zufrieden gestellt sein wird, ist ihm doch Gelegenheit geboten worden, die Herstellungsweise der in unserem Verufe gebräuchlichsten Maschinen kennen zu lernen und gleichzeitig sich einen Einblick in die Einrichtung eines derartigen Etablissements zu verschaffen. Herrn Karl Krause für sein freundliches Entgegenkommen auch hierdurch unsern Dank.

NB. Bei dieser Gelegenheit wurde ein rothbrauner Glacehandschuh gefunden. Der Verkäufer kann denselben Sonnabends im Kassenlokal abholen.

Leipzig. Trotzdem ich dem Kollegen E. K. unter Zeugen die Versicherung gegeben habe, daß seine Vermuthung — ich habe R. über unsere Angelegenheiten informiert — auf Irrthum beruht, verjudet er es doch, mir einen Strich daraus zu ziehen; er sagt also willentlich etwas, was er aufrecht zu halten nicht in der Lage ist. Es genügt mir dies zu registriren; gleichzeitig muß ich K. als Sittenlehrer dankend ablehnen, da der „Wachposten“ nicht ohne Einfluß auf ihn selbst gewesen zu sein scheint. G. Z.

Dresden. In der öffentlichen Versammlung der Einzelmitglieder des Verbandes am 12. März referirte zum 1. Punkt der Tagesordnung Genosse Heintze über die Beschnidung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Referent führt aus, daß jetzt die Gewerkschaften gar nicht mehr aus den Protestversammlungen herauskämen, was hauptsächlich dem Erlaß des Grafen Posadowsky zu verdanken ist. Schon im Jahre 1864 sind Gewerkschaften, wie z. B. die Buchdrucker, bei der preussischen Regierung um das freie Koalitionsrecht vorstellig geworden. Sie fanden auch damals einiges Entgegenkommen, doch verblieb es dabei bis zur Einführung der Gewerbeordnung 1869, womit dann die Arbeiter das so lang ersehnte Koalitionsrecht erlangten, was so gut wie möglich ausgenutzt wurde. Aber schon Mitte der 70er Jahre suchte man den Arbeitern wieder soweit wie möglich Schwierigkeiten in den Weg zu legen, denn bis dahin hatten diese schon eine Macht erlangt, welche der Regierung gefährlich schien, hauptsächlich war es der Berliner Staatsanwalt Lessendorf, welcher um diese

Zeit mehrere Gewerkschaften wegen nichtiger Gründe zur Auflösung brachte, was aber die Arbeiter nicht hinderte, sich immer wieder von Neuem zu organisiren. Mittlerweile kam das Jahr 1878 und mit ihm das Sozialistengesetz, was wohl für die Arbeiter das Empfindlichste war, denn da wurden fast sämtliche Gewerkschaften aufgelöst. Aber schon im Anfang der 80er Jahre sehen wir wieder die Arbeiter müthig an der Arbeit, sich zu organisiren, man gründete zunächst Lokalvereine, um so weniger in der Organisation gefährdet zu sein. Mit dem Jahre 1890 kam der Fall des Sozialistengesetzes, die Arbeiter athmeten wieder freier auf, sie schlossen sich nun um so fester zusammen. — Redner wies nach, daß die Arbeiter in den letzten Jahren viel besser wie früher in dem Kampfe gegen die Unternehmer abgeschnitten haben, was zum größten Theile der guten Organisation, wie auch der guten Geschäftskonjunktur zu verdanken ist. Jedoch sollen die Arbeiter nicht zur Ruhe kommen, das beweise der Erlaß des Grafen Posadowsky, welchen Redner einer herben Kritik unterzieht. Weiter kommt der Referent auf die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung zurück und zeigt, in welcher Weise dieselben angewendet werden, indem Streikende, welche arbeitswillige Kollegen über die Sachlage aufklären und ein Wort zu viel sagen, zu Gefängnisstrafen von 6, ja 9 Monaten bestraft werden, wohingegen die Unternehmer alle Rechte genießen. Weiter geißelt Redner noch die Versicherungsanstalt „Industria“ in Berlin, welches wohl das letzte Krampfmittel der Unternehmer sei. Er weist auch an der Hand einer Statistik des Correspondenzblattes nach, daß die Buchbinder nur zu 14 Prozent organisirt sind, somit noch 86 Prozent zu organisiren seien (Was übrigens nicht der Thatsache entspricht, da in der Statistik zur Buchbinderlei auch andere Verufe gerechnet und Hausindustrie, Angestellte, Familienangehörige, gelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter mit gezählt wurden. Die Red.) und meint, daß wir, wenn wir etwas erreichen wollten, mindestens die Hälfte von diesen organisiren müßten; da stände uns noch ein schönes Stück Arbeit bevor. Referent erntete für seinen Vortrag reichen Beifall.

Der Vorsitzende wies noch auf die letzten Ausführungen des Referenten hin und meinte, die Kollegen mögen sich das Gehörte ja zu Herzen nehmen.

Beim 2. Punkt, Gewerkschaftliches, befragt sich Kollege Dorst darüber, daß Berichte von hier in letzter Zeit nicht in unserem Organ erschienen sind. Sodann wurde an Stelle eines abreisenden Kollegen ein Anderer in die Arbeitsnachweiscommission gewählt. Kollege Wiensold wünscht, daß ein Arbeitsnachweisreglement geschaffen werden soll, was nach kurzer Debatte der Arbeitsnachweiscommission zur Erledigung überwiesen wurde. Weiter kam es zu einer nicht schönen Debatte über die Verhältnisse bei Kieckling & König, diese Angelegenheit wird einer Werkstüberversammlung zur Erledigung überwiesen. Kollege Kommi wünscht zu wissen, wie der 1. Mal in diesem Jahre gefestert werden soll, dieses wird nach kurzer Debatte auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt. C.

Glogau. In der Mitgliederversammlung vom 12. März wurde Punkt 1 der Tagesordnung: „Das Vorgehen der Hamburger Kollegen“, einer eingehenden Debatte unterzogen und sprachen sich sämtliche Mitglieder dahin aus, die Hamburger Kollegen in ihrem Vorgehen zu unterstützen. Die zur Abstimmung vorliegenden Fragen der Zahlstelle Hamburg wurden einstimmig angenommen. Unter Punkt 2, Verschickenes und Fragekasten wurde zu der Frage: „Wie Verhalten wir uns zu den Buchdruckern“ vom stellvertretenden Vorsitzenden Robert Nagel betont, unser seitheriges gutes Einvernehmen zu den Buchdruckern aufrecht zu erhalten und uns nicht von den ja allerdings nicht gerade sehr schmeichelsüchtigen Artikeln föhren zu lassen. Jedemfalls sei es besser, wenn wir uns auf freundschaftlichem Wege mit den Buchdruckern weiterbewegen; um nicht Widersprüchen der sich im Allgemeinen solidarisch erklärenden Arbeiterschaft (wo wir ja auch dazu gehören) zu begegnen, bittet der Vorsitzende sich seinen Ausführungen anzuschließen, worauf demgemäß die Versammlung beschließt und den Wunsch ausdrückt, daß auch andere Zahlstellen so verfahren möchten.

Die Zahlstelle Glogau. W. R.

Köln. Auf der Tagesordnung unserer Mitgliederversammlung vom 18. März standen u. A.: Vortrag des Kollegen Nießen über „Nutzen der Organisation“ und „Besprechung über das Verhalten der Hamburger Kollegen zur Urabstimmung“. Zum Vortrag führte Kollege Nießen treffend aus, wie nöthig es ist, daß sich die Arbeiter organisiren, um endlich den Harmonieufel

fallen zu lassen. Als Beispiel stellte er die Unternehmervereinigungen vor, wie letztere durch festes Zusammenhalten die Löhne drückten, die Arbeitszeit sogar zu verlängern suchten, um für sich möglichst großen Gewinn einzuführen. Durch die Konkurrenz der Frauenarbeit sei der Mann gezwungen, für wenig Lohn zu arbeiten und daher sei es höchst wichtig, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen organisiren; aber nicht etwa durch Anschluß an eine Organisation, die vom Geistlichen oder Unternehmer bedormundet wird und die Arbeiter somit noch mehr dem Unternehmertum anheimfallen, sondern durch Beitritt in eine freie gewerkschaftliche Organisation. — In der Diskussion bemerkte Kollege Galt, daß der englische Maschinenbauerverband früher als ein Muster für Arbeitervereinigungen seitens der Unternehmer hingestellt wurde. Jetzt werde genannter Verband aber wegen Forderung des Achtstundentags als sozialdemokratischer Streikverein bezeichnet. Kollege Kaiser kam auf die verheirateten Kollegen zu sprechen, die früher dem Verbandsangehörigen, jetzt aber, auf feste Stellen rechnend, uns den Rücken kehren. Mit diesen Kollegen sei gar kein Auskommen mehr. Die Mehrzahl derselben sind wohl Mitglieder der Leipziger Zentralrankenkasse, vom Verband jedoch nicht und bekannten am Karnevalstage ihre edle Bestimmung durch Singen von patriotischen Liedern. Hierzu bemerkte Kollege Zoen, es sei nöthig, möglichst dafür zu agitiren, daß die betreffende Rankenkasse als Zuschußstelle dem Verbandsangehörigen einverleibt würde, um dadurch fernstehende Kollegen zum Verband heranzuziehen. Zu Punkt 4 wurde ein Schreiben der Hamburger Zahlstelle vorgelesen. (Siehe Nummer 12 der „Buchb.-Ztg.“) Hierüber entspann sich eine lebhaftige Debatte. Kollege Baron konnte garnicht begreifen, wie der Verbandsvorstand solch ein Verbrechen begehe, den Willen der Majorität umzustößen. Gerade der Antrag Königsberg-Glogau sei ein Kniff gewesen, den nicht jeder Kollege verstanden hätte. Die Kollegen Nießen, Galt und Kaiser sprachen sich aber dahin aus, daß der Verbandsvorstand das Interesse des Verbandes im Auge hätte und die erhöhte Unterstützung schon einführen werde. Kollege Zoen bezeichnete das Verhalten des Vorstandes als Vergeßlichkeit. Ein Antrag von Kollege Trost auf Schluß der Debatte und Vornahme der Abstimmung über die Hamburger Fragen wird angenommen. Die Abstimmung per Stimmzettel ergab: Frage I 10 Nein, 3 Ja; II 5 Nein, 8 Ja; III 6 Nein, 5 Ja. Zur IV. Frage lag kein Interesse vor.

Altona. Am 12. März hielt die hiesige Zahlstelle ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt, „Unser Arbeitsnachweis“, machte Kollege Neuß die mit dem Gauvorstand gemachten Vereinbarungen bekannt, wonach in Altona ein Kontrollbureau für die Kolleginnen errichtet werden soll, die Kollegen jedoch nach wie vor in Hamburg sich zur Kontrolle zu melden haben, und wir finanziell von Hamburg unabhängig sind. Letzteres ruft jedoch bei den Hamburger Kollegen Opposition hervor. Ein Antrag von Kollegen Kümmlerberger, die Angelegenheit nochmals dem Gauvorstand und den Vorständen der beiden Zahlstellen zur Prüfung vorzulegen, wird angenommen.

Beim zweiten Punkte der Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit dem Verhalten des Verbandesvorstandes. Kollege Kümmlerberger äußert seine Meinung dahin, daß, trotzdem der Beitrag ein höherer geworden, der Verbandsvorstand sich nicht veranlaßt sieht, die höhere Unterstützung auszuführen. Während man vorher mit 25 Pf. Beitrag auszukommen sei, müßte man doch jetzt erst recht mit 35 Pf. Beitrag auskommen. Wenn auf dem Verbandstage das Gehalt erhöht wird, da hegt der Verbandsvorstand doch auch nicht erst Bedenken, sondern es wird gleich bei der ersten Lohnzahlung ausgegahlt. (Kommentar überflüssig. Die Red.) Kollege Käster kritisirte ebenfalls das Verhalten des Verbandsvorstandes und betonte, derselbe hätte vor der Urabstimmung aufmerksam machen müssen, daß, wenn der Antrag Königsberg-Glogau angenommen wird, die höhere Unterstützung nicht ausgegahlt werden kann, den biederen Schwaben wäre es jedoch nur um den höheren Beitrag gewesen. (Der auch im Interesse der biederen Altonaer liegt. Die Red.) Nachdem noch mehrere Redner gegen die Maßnahmen des Verbandsvorstandes gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Altona unterstützt einstimmig das Vorgehen der Hamburger Kollegen und wünscht, daß Beschlüsse der Allgemeinheit in Zukunft von Seiten des Verbandsvorstandes präzise respektirt werden.“

Zum dritten Punkte giebt Kollege Schneider den

Kartellbericht. Redner behandelte zunächst die Tagesordnung und ersuchte die Kollegen und Kolleginnen, die vom Kartell errichtete Beschwerdestelle der Gewerbeinspektion mehr in Anspruch zu nehmen. Ferner machte Redner auf die Experimentalvorträge des Herrn Wempe aufmerksam, welche am 29. bis 31. März und 1. April im Lokale des Herrn Buchholz (Karlsbrücke) in Dittensen stattfinden.

Unter innere Vereinsangelegenheiten wurden die Kollegen Kümmlerberger und Hars zu Kassenrevisoren gewählt. Kollege Reuß stellte sodann noch zwei Anträge, welche eine lebhafteste Debatte hervorriefen. Die Anträge lauteten:

1. Kollegen, welche vom Arbeitsnachweis zur Ausübung Arbeit erhalten und länger als fünf Tage arbeiten, werden von der Liste gestrichen.

2. Kollegen, welche durch Umschauen oder durch die Zeitung Arbeit erhalten, gelten als gestrichen und müssen sich von Neuem wieder eintragen lassen.

Diese beiden Anträge wurden einstimmig angenommen. Jetzt ist es immer Usus, daß die Kollegen 14 Tage arbeiten und sich dann wieder auf ihren Platz eintragen lassen, trotzdem sie noch länger arbeiten könnten. P. K.

Bremen. Die am 19. März hier stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Vorgehen des Zentralvorstandes in der Frage der durch Urabstimmung getroffenen Unterstützungserhöhung und der Stellungnahme der Zahlstelle Hamburg zu demselben.

Nachdem Kollege Wagt einen Brief der Hamburger Zahlstelle verlesen hatte, unterzog er ebenfalls das Verhalten des Zentralvorstandes einer scharfen Kritik; er ist der Meinung, daß es von Seiten des Zentralvorstandes viel besser gewesen wäre, wenn derselbe die Beschlüsse und Zahlenbeweise den Mitgliedern vor der Urabstimmung bekannt gegeben hätte, als gerade in letzter Zeit. Kollege Münster ist der Ansicht, daß, wenn der Zentralvorstand soweit gestiegen ist, daß er machen kann, was er will, so sei für späterhin Verbandstag und Urabstimmung überhaupt zwecklos. Kollege Ebert bezeichnet ebenfalls das Vorgehen des Zentralvorstandes als infortrekt und bittet denselben, nicht mit Feuer zu spielen. Nach längerer Diskussion wird folgende, von Kollegen Ebert eingebrachte Resolution angenommen:

„Die heute am 19. März 1898 tagende Versammlung ersucht in dem Vorgehen des Zentralvorstandes gegen den Beschluß der Urabstimmung wegen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung eine Beeinträchtigung des demokratischen Prinzips und schließt sich den Ausführungen der Zahlstelle Hamburg an.“

Zu Punkt 2 erstattete Kollege Wagt den Kartellbericht. Er hob hervor, daß sich die letzte Kartellstützung hauptsächlich in der Frage der finanziellen Unterstützung der Bremer Arbeiterlesehalle beschäftigte, da dieselbe seither nur von freiwilligen Beiträgen erhalten wurde. Die Versammlung einigte sich dahin, pro Quartal und Kopf 15 Pf. an die Lesehalle zu entrichten.

Zu Punkt 3 ersuchte der Vorstehende Kollege Wagt die Mitglieder, die nächste Versammlung ausfallen zu lassen und an deren Stelle eine öffentliche Buchbinder-versammlung einzuberufen, was einstimmig angenommen wurde. Kollege Münster wünscht, die Buchdrucker und Steinbrucker einzuladen und die Einladungen mindestens acht Tage vorher zu regeln. Die Mitglieder werden hierauf ersucht, zu der öffentlichen Versammlung rege Agitation zu entfalten und vor Allem selbst zu erscheinen. Kollege Wagt schlägt dann noch vor, auch mal die Kolleginnen aufzurütteln und zu versuchen, sie in unsere Reihen zu bekommen. A. E.

Lübeck. In unserer von sämtlichen Mitgliedern besuchten Versammlung am 5. März d. J. hatten wir Gelegenheit über sehr wichtige Punkte zu verhandeln. Zunächst war das Posaadowstysche Erlaß und damit verbunden das Koalitionsrecht. Unser Vorstehender referierte in sehr eingehender Weise über diese Sache und hob hauptsächlich die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung hervor, die auf Grund dieses Rundschreibens bedeutend verschärft werden müßten, wozogen Jeder Stellung nehmen müsse, um nicht das bischen Koalitionsrecht zu verlieren. Kollege Klinger führte verschiedene Reichstagsabgeordnete, wie v. Stumm, Karborst und Singer an, wie selbige sich in dieser Angelegenheit ausgesprochen.

In Weiterem hatten wir in voriger Versammlung beschlossen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß in der hiesigen Parteidrucker (Lücker Volksbote) ein Buchbinder beschäftigt würde. Der Vorstand hatte dieses denn auch dem Geschäftsführer unterbreitet und auch zu gleicher Zeit dieses Anliegen bei dem Gewerkschaftskartell eingereicht. Von dem Geschäftsführer der Druckerei

war uns eine abschlägige Antwort geworden und übermachte er uns einen Auszug aus dem Kassabuche, was in der Zeit seit Bestehen des Geschäfts bis jetzt für Buchbinderarbeiten ausgegeben sei. Damit können wir uns aber nicht zufriedengeben, da doch die meisten Gewerkschaften Bibliotheken haben und ihre Bücher jetzt zu den Meistern (Zunung) bringen, was alles zum Volksboten gebracht würde, sobald eine Buchbinder mit eingerichtet sei. Wir sind daher fest entschlossen, die Sache im Kartell entschieden zu vertreten, da wir, was unser Hauptaugenmerk ist, eine Werkstube hätten, wo sich die Kollegen nicht vor Maßregelungen zu fürchten hätten und wodurch wir einen Agitator unterbringen könnten, wie es sich in keinem anderen Geschäft ermöglichen ließe.

Zu der geplanten Agitationstour nach Schwerin und Rostock ist Kollege Kröber als Referent bestimmt und ist selbige auf 26. und 27. d. M. festgesetzt. Hoffentlich werden wir ein gutes Resultat erzielen. J. Fdn.

Genf. Endlich auch einmal etwas von den Genfern, werden gewiß die Mitglieder unserer schweizerischen Sektion denken. Leider war es uns nicht möglich, eher ein Lebenszeichen von uns zu geben, da unser Verein sich bis jetzt nicht auf den Standpunkt der Solidarität stellen konnte, um überhaupt große Bedeutung zu haben; nicht nur daß wir im Ausbau der Organisation mit dem Inbifferenzismus vieler Kollegen zu kämpfen hatten, sondern auch noch ein anderer Faktor, welchen glücklicherweise die meisten Vereine nicht kennen, nämlich die Sprachverschiedenheit, ist uns schon sehr oft hemmend in den Weg getreten.

Ueber die Hälfte unserer Mitglieder sind nur der französischen Sprache mächtig und wenn auch der andere Teil zum Teil beide Sprachen versteht, so ist es doch nicht immer Jedem möglich, seine Meinung Allen leicht verständlich zu machen; notwendige Uebersetzungen ziehen dann manchmal den Gang der Verhandlungen in die Länge und rauben manchem die Geduld. Wenn wir eine tüchtige, aufklärende französische Fachpresse hätten, wären wir gewiß längst weiter voran, so aber ist uns die Vervollkommnung des Vereinswesens doppelt schwer gemacht, da ein großer Teil unserer französischen Kollegen bebauerlicher Weise der Organisation wenig Verständnis und Interesse entgegenbringt, was sich zwar auch von vielen deutschsprechenden, hauptsächlich von den Arbeitern des Meisters Hans Asper, vormalig Asper frères, sagen läßt. Man könnte meinen, Herr Asper habe den Beitritt zum Verein verboten, da doch kaum alle dort arbeitenden Kollegen glauben werden, ihre Lage durch fleißiges Besuchen des Jünglingsvereins, unter dem Vorhitz ihres Meisters, und der Bibelstunden verbessern zu können.

Unser Mitgliederbestand belief sich letzten Sommer auf zirka 40, da aber der Verein nach und nach einen ausgeprägten Charakter annahm, zu dem sich noch eine dringend notwendige Beitragserhöhung stellte, kehrten uns einige Kollegen den Rücken, so daß wir jetzt auf 31 zurückgegangen sind. Leider konnte der Wunsch des Vorstandes, dem schweizerischen Buchbinderverband beizutreten, bis jetzt nie rechten Anklang finden, da solcher Beschluß eine nochmalige Erhöhung der Beiträge zur Folge haben würde; wir hoffen aber auch später dies noch zu erreichen und haben, um nicht ganz isoliert dazustehen, in unserer letzten Sitzung beschlossen, je nach Bestand der Kasse die durchreisenden Kollegen zu unterstützen. Bis auf Weiteres ist die Unterstützungssumme auf 1 Franken festgesetzt. Wir übertragen gleichzeitig den Arbeitsnachweis der Chambre de Travail, 34 Rue du Marché, und ersuchen jeden hier durchreisenden Kollegen, sich an dieses Institut zu wenden, welches ihnen, sofern nicht gerade Nachfrage vorhanden, die Adressen sämtlicher Geschäfte einhändigen wird. Die Unterstützungsauszahlung erfolgt durch den Vereinskassier, sobald das Umschauen ohne Erfolg gewesen.

Wir theilen noch mit, daß wir mit staatlicher Hilfe einen Vergabelkurs, wenn auch mit bescheidenem Material, einrichten konnten und hoffen, denselben jedes Jahr während des Winterhalbjahres abhalten zu können. Gegenwärtig nehmen 12 Kollegen daran Theil und sind im Allgemeinen gute Erfolge zu verzeichnen.

Zum Schluß möchten wir noch alle Kollegen ermahnen, durch fleißiges Besuchen unserer Sitzungen dem Vorstande, welcher sich bemühen wird, den Verein vorwärts zu bringen, die Arbeit zu erleichtern und namentlich soviel als möglich für die Organisation zu agitieren. P.

Anschließend lassen wir die Vereinsadressen folgen: Präsident: Henri Ormond, Reiseur, Genf, 11 Rue Pradier 7.

Kassier: Willy Peterwiz, Genf, Cour-Vieux 1 Rue du Vieux Marché II, ober von 7—12 und 1—6 im Atelier Marc Sauter, 5 Rue des Granges.

Vereinslokal: Café de la Confédération, Rue Cornavin, Ecke der Rue Chanefoulet. Versammlung jeden letzten Samstag im Monat.

Eingefandt.

Bromberg. Von der Firma E. Stöbel Witwe hier wurde ich zu dem von mir verlangten Wochenlohn von 22 Mk. engagirt. Theilhaber der Firma ist ein Herr Leopold Gabriel. Obgleich ich für dauernd und als erster Gehilfe engagirt war, wurde mir schon nach drei Wochen gekündigt, angeblich wegen zu geringer Leistung, was aber jedenfalls dieser Herr Gabriel selbst nicht glaubte, denn schon meine Zeugnisse, welche von bedeutenden Firmen ausgestellt sind und bis zu drei Jahren in gleicher Stelle nachweisen, bestätigen mir, daß das erlogen ist. Das aber wird die Wahrheit sein, daß Herr Gabriel an meinem Benehmen ihm gegenüber gemerkt und auch von anderer Seite erfahren haben wird, daß ich beabsichtigte zu kündigen. Das Insaufste an der Sache ist aber, daß derselbe äußerte, als wir in Wortwechsel kamen, für die Arbeit, welche ich leistete, zähle er höchstens 17 Mk. einem anderen Gehilfen und er habe mir den verlangten Lohn nur gegeben, weil er darauf gerechnet habe, daß ich während seiner Abwesenheit (tagsüber etwa anderthalb Stunden) sein Personal, das aus 5 Gehilfen, 2—3 Mädchen und 3 Lehrlingen besteht, ebenso wüthanten solle, wie er es in der Gewohnheit hat. Desgleichen wurde es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich nicht am zweiten Tag meines Hierseins einem Lehrling von über 17 Jahren wegen geringfügiger Ursache beehrteigte, wie er es macht. Vor kurzem schlug der noble Herr einen Lehrling von nahezu 18 Jahren wegen unbedeutender Sache unter den gemeinsten Ausdrücken ins Gesicht und gebrauchte auch dabei die Worte: „Wenn Du ausgelernt hast, schmeiße ich Dich achttagig hinaus.“ Und über diese rohe Handlungsweise rißte sich noch der Grobian bei meinem Eintritt. Betreffender Lehrling hat in zweieinhalb Monaten ausgelernt, ist seinem Alter angemessen sehr intelligent und leistet in der Arbeit mehr wie ein paar junge Gehilfen, welche bei der Firma Stöbel beschäftigt sind. Es ist auch noch nicht allzulange her, als der Leopold Gabriel einen achtzehnjährigen Lehrling auf den Fußboden warf und mit den Füßen getreten hat. Außerdem sei noch erwähnt, daß bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit niedere Löhne gezahlt werden, folgedessen starker Wechsel stattfindet. Lehrlinge von kaum vierzehn Jahren bis Nachts 12 Uhr arbeiten müssen, auch die Mädchen Sonnabends nicht um 1/2 6 Uhr, sondern erst um 7 Uhr das Geschäft verlassen können; auch wird fast jeden Sonntag gearbeitet, wobei sogar Drogen im Akkord gefalzen werden, bei welchem Geschäft Gehilfen in der Zeit von früh 7 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr, mit nur einer Viertelstunde Pause, ganze 3,30 Mk. verdient haben.

Mögen die Kollegen auf Vorstehendes achten und sich danach richten, wenn sie eine Annonce der Firma, womit ein Gehilfe gesucht wird, zu Gesicht bekommen. Werbe auch Anzeige erstatten wegen Vergehen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung. H. Sch.

Mundschau.

* Der Streik in der Büstenfabrik in Erdmannsdorf dauert fort. Noch 81 Mann befinden sich im Ausstand, zwölf polnische Arbeiter und eine Arbeiterin hat der Fabrikant bei einem Tagelohn von 1,40 Mk. eingestellt. — In der Fahrradfabrik „Freya“ in München streikten 115 Arbeiter wegen unberechtigter Entlassung zweier Arbeiter. — In der Hasenhaarschneiderei Donner in Ober-Weiden befinden sich 106 Arbeiterinnen im Ausstand wegen Lohnkürzungen. — Die Schuhmacher streikten in den Schuhfabriken Berlins seit drei Wochen. Die Fabrikanten behaupten, gemügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, diesem widerspricht jedoch die Thatsache, daß sie unter allen möglichen Verprechungen von den Streikenden wieder eine Anzahl für sich zu gewinnen suchen. Leider fanden sich auch einige Streikende bereit, das ihren Mitkämpfern gegebene Wort zu brechen. — In Stuttgart sind 200 Schuhmacher in den Ausstand getreten, weil die Meister die übermäßig lange Arbeitszeit nicht auf 11 Stunden ermäßigen und den erbärmlich niederen Lohn nicht erhöhen wollen. Die Fabrik Schuhmacher sind nicht theilhaftig.

* In Lemberg streikten 8 Arbeiter und 14 Arbeiterinnen der Buchbindererei Penczykowski wegen ganz schäbiger Behandlung, besonders die Arbeiterinnen

haben über Hoffnungen und unsittliche Anträge des sauberen Patrons zu klagen.

* Wie Streifbrecher angeworben werden, wird aus Altenburg dem „Vorwärts“ berichtet: In der dortigen Maschinenfabrik von Borchstein versuchten vor einigen Tagen zwei sehr gut gekleidete Herren mit den Arbeitern in Verbindung zu treten.

In die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe in Berlin.

Wie vor mehreren Wochen an dieser Stelle schon ausgeführt worden, ist gegen die Wahl der Delegierten von Seiten unserer Gegner Protest erhoben worden. Daß die Herren, welche viele Jahre auf Grund des alten Schindrians ihren Posten besaßen, mit einem Schläge von der Bildfläche verschwinden sollten, wollte nicht recht in deren begünstigten Kopf.

Der Protest ist erst erhoben worden, weil die Wahl nach Meinung der Gegner ungesetzlich war. So oft bis jetzt Delegiertenwahlen waren, so oft waren sie ungesetzlich; denn das Krankenversicherungs-gesetz schreibt geheime Wahl, also per Stimmzettel, vor.

Dem Protest ist nun stattgegeben und wir befinden uns jetzt in der angenehmen Lage, nochmals die Wahl vorzunehmen.

Kollegen und Kolleginnen! Es liegt nun an Euch, zu beweisen, daß Ihr gewillt seid, Delegierte zu wählen, die Euer vollstes Vertrauen besitzen für die Verwaltung der Kasse; Delegierte, die Verständnis haben für die soziale Lage der Arbeiter, die nicht, wie jene Herren, als sie betrefß der Versicherungspflicht der Heimarbeiters Auskunft geben sollten, erklärten: Die Hausindustrie ist aus Bequemlichkeit der Arbeiter entstanden.

liegen, wenn alle Kolleginnen und jeder Kollege, deren 21. Lebensjahr vollendet ist, ihre Schulbildung thun.

Das Wahlkomite wird durch Annonce bekannt gemacht. C. Duff.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten. Hamburg: (Kassier und Vertrauensmann für Innere Stadt: Hermann Hundt, Sternstr. 75, Hs. 6 IV, Sanft Pauli; Vertrauensmann für Sankt Georg und Borgfelde: Val. Hufschmidt, Elbdeger Weg 104 I, Englischer Steig, Höhenfelde; Vertrauensmann für Lüneburg: G. Gerete, Neue Sülze 7.) München: Josef Bey, Loristr. 7 III.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungsausgähler. Augsburg. Z. Johann Losch, Bleichstr. 20 I; von 12 bis 1 und 7-8 Uhr.

Fachverein Leipzig.

Sonnabend den 2. April, Abends 8 Uhr, im „Johannisthal“

Öffentliche Vereins-Versammlung.

141] Tagesordnung: [1.80 1. Vortrag des Genossen M. Wittich über: „Geinrich Heine“. 2. Gewerkschaftliches.

Da die meisterhafte Vortragweise des Genossen Wittich wohl allseits bekannt, wird der Abend nicht nur ein Lehr-, sondern auch genussreicher sein. Zahlreiches Erscheinen erwartet deshalb

Der Vorstand.

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Lokal, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations and their respective meeting dates and times.

Stuttgart.

Krankenkasse der Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. [1.40 Samstag den 26. März, Abends präzis 8 Uhr

General-Versammlung

im Gasthaus „Zum Adelberger Hof“. Unter Hinweis auf § 21 des Statuts werden die Mitglieder ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Ausschuß.

Achtung! Berlin. Achtung! Mitglieder der Ortskrankenkasse!

Am Sonntag den 3. April, von Vormittag 10 Uhr bis Nachmittag 3 Uhr 143]

Delegiertenwahl.

Näheres durch Inserat im „Vorwärts“. [1.20

Tüchtiger Pressvergolder

für Cartonnagen, welcher auch im Handvergoldeten bewandert ist, per sofort gesucht. 144] [1.20

Gasthof Zweinaundorf.

Schönster Aufenthaltsort des Orens Leipzigs. Empfehle meinen Ballsaal, schönen Garten, Kolonnaden, Regalbahn, Gesellschaftszimmer und Loggiahaus bei etwaigen Festen aufs Wärmste. [2.00

Guer Schwager Gustav Fischer.